

Rede zu WLAN Hotspots

WLAN Hotspots sind ein wichtiger Baustein zur multimedialen Versorgung der Menschen, vor allem auch der Menschen im ländlichen Raum. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Initiative für mehr kostenlose öffentliche Hotspots sowohl auf Europäischer Ebene als auch auf Landesebene.

Die gesetzliche Rahmenbedingungen, die notwendige Einschränkung der Störerhaftung wurde ja bereits von der Bundesregierung unter Angela Merkel geschaffen. Der Bund hat somit für Rechtssicherheit gesorgt.

Die EU hat ihr Förderprogramm mit klaren Richtlinien auf den Weg gebracht.

Doch wie sieht es hier in Rheinland-Pfalz mit den technischen Voraussetzungen aus? Wo sind die notwendigen Bandbreiten vorhanden? Die

Landesregierung hat als Mindestvoraussetzung für WLAN Hotspots 16 MBit Bandbreite festgelegt.

Aber wo sind die in Rheinland-Pfalz vorhanden?

Wie viele der 2500 Kommunen in Rheinland-Pfalz verfügen glasfasergebunden über diese Bandbreite.

Werden nun die Hotspots vorrangig in Ballungsgebieten installiert?

Bleibt dabei der schlecht versorgte ländliche Bereich wieder einmal auf der Strecke?

Wir sagen, Schulen, Hochschulen und Universitäten sind mit ausreichenden leistungsstarken Hotspots auszustatten. Denn hier nutzen junge Menschen das Internet für Ihre berufliche Zukunft und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir sagen, touristische Bereiche in den zentralen touristischen Routen sind lückenlos auszustatten. Auch

der für Rheinland-Pfalz so wichtige Wirtschaftszweig
Tourismus muss zukunftsfähig gemacht werden.

Beides ist jedoch bei der Landesregierung und im Antrag
der Koalition nicht vorgesehen. Stattdessen wird nach
dem Windhundprinzip mit der Gießkanne verteilt

Ja, die CDU ist dafür, dass die Gebäude in
Landeseigentum mit einem Hotspot ausgestattet
werden. Die Koalition schränkt dies aus gutem Grund
ein auf die Gebäude die über einen Internet Zugang
verfügen. Wenn man sich die Zahlen hierzu ansieht,
weiß man auch warum.

In Rheinland-Pfalz befinden sich nach Stand November
2016, 1683 Gebäude in Landeseigentum.

23 davon verfügen über 2M Bit

517 verfügen über mehr als 2 MBit.

1143 haben keinen Internetanschluss, das sind 68 %.

68 % der landeseigenen Gebäude haben keinen Internetanschluss.

Liebe Kollegen der Koalition, zeigen Sie mir bitte ein Entwicklungsland mit einer solch schlechten Versorgungsquote bei öffentlichen Gebäuden!

Dies sind 1700 Hotspots. Eine anspruchsvolle Aufgabe für die Koalition in den verbleibenden 3 1/2 Jahren der Legislaturperiode.

Bereits im Koalitionsvertrag hat die Ampel die zeitnahe Umsetzung von 1000 WLAN Hotspots in 1000 Kommunen beschlossen. Dies war vor anderthalb Jahren und noch kein einziger Hotspot ist bisher beantragt, erst recht nicht installiert. Dies nennen Sie zeitnah?

In Rheinland-Pfalz gab es stand 2.11.2016 bereits insgesamt 2796 WLAN Hotspots. Mit Stand Anfang 2017

waren es 3898 WLAN Hotspots. Also innerhalb weniger Monate über 1000 WLAN Hotspots mehr. Bilanz der Landesregierung in diesem gleichen Zeitraum: NULL.

Ist dies zeitnah?

Wir unterstützen die Initiative in Rheinland-Pfalz zeitnah 1000 Hotspots in 1000 Kommunen einzurichten. Der Antrag der Koalition wird diesem Ansinnen jedoch nicht gerecht und greift zu kurz. Deshalb haben wir im Juni diesen Jahres einen Alternativantrag eingebracht, der die Handlungsfelder aufzeigt. Wir begrüßen dass die Landesregierung unseren Punkt zur Darstellung von Hotspots im Internet bereits im Sommer aufgegriffen und teilweise umgesetzt hat. Es fehlen die Förderrichtlinien für die Kommunen.

Meine Damen und Herren, die Aktivitäten der Landesregierung bei der Breitbandversorgung zeichnen sich durch eine Ankündigungspolitik aus. Dies wollen wir

bei diesem Thema dem Thema Hot Spots vermeiden.

Deshalb soll wie von uns im Antrag gefordert, die

Landesregierung diesem hohen Haus im dritten Quartal

2018 über die unternommenen Schritte Bericht erstatten.

Ein Punkt, der dem Auftrag dieses Hauses und dem

eines jeden gewählten Abgeordneten gerecht wird. Auch

ein Punkt, der eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein

soll.

Deshalb werbe ich für die Zustimmung zu diesem Punkt

und zu unserem Antrag der CDU.